

## Inhalt:

### **Halbzeitbilanz: Wer wird hier eigentlich saniert?**

Bremen soll saniert werden. Das ist der Anspruch der Großen Koalition. Tatsächlich bietet sie den Bremern ein Kontrastprogramm: mehr Schulden, unsinnige Großprojekte und kaputte Schulen. Die Grünen drängen auf einen Kurswechsel. [... zum Artikel](#)

### **›Ich würde ja gerne, aber ...‹ Wischers Sündenfälle: Umweltverschmutzung, Verschleierung**

Hervorstechende Beispiele sind die illegale Deponie in der Hemelinger Marsch und das Versäumnis, Naturschutzgebiete in Brüssel anzumelden. Diese und andere Fehlleistungen der Umweltsenatorin brachten die Grünen ans Tageslicht. [... zum Artikel](#)

### **Zwei politische Wüsten: Kultur und Stadtentwicklung**

Koalitionsprobleme im Doppelpack: Die Kulturpolitik liegt danieder. Senator Bernt Schulte hat das Handtuch geschmissen. Die Bausenatorin Christine Wischer hat die Orientierung verloren. Der große Unbekannte: Ein Senatsbaudirektor soll es nun richten. [... zum Artikel](#)

### **Kindergärten und Schulen: Die Kurzen kommen zu kurz**

Die Grünen fordern: keine weiteren Kürzungen, sondern rund 100 Millionen Mark jährlich zusätzlich für Schulen und Kindergärten; Qualität sichern und grundlegende Reformen anpacken. [... zum Artikel](#)

### **Nur Fischstäbchen und Container**

Die einseitige Wirtschaftsstruktur Bremerhavens mit Schifffahrt, Hafen- und Fischwirtschaft ist durch die Politik der Großen Koalition eher zementiert worden. Aus Sicht der Grünen müsste die Seestadt auf ein breiteres Fundament gestellt werden. [... zum Artikel](#)

### **Halbzeitbilanz: Die Sanierungsverlierer**

[... zum Artikel](#)

## Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[Personalien](#)

[Termine](#)

[Service/Impressum](#)

## **Halbzeitbilanz: Wer wird hier eigentlich saniert?**

Bremen soll saniert werden. Das ist der Anspruch der Großen Koalition. Tatsächlich bietet sie den Bremern ein Kontrastprogramm: mehr Schulden, unsinnige Großprojekte und kaputte Schulen. Die Grünen drängen auf einen Kurswechsel.

Bei Amtsantritt hatte die Große Koalition 50.000 Arbeitsplätze und 60.000 Einwohner mehr versprochen. Die Fakten sprechen aber eine andere Sprache: Seit 1993 hat das Land Bremen 22.000 Einwohner und 16.400 Arbeitsplätze verloren. Die Parole des Senats ›Es geht aufwärts‹ hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun.

Bremens Schulden sollten abgebaut werden, doch für das Ende des Sanierungsprogramms im Jahr 2005 rechnet selbst der Senat mit zwei Milliarden Mark mehr Schulden als zu Beginn.

Mit kapitalen Fehlentscheidungen wie beispielsweise dem Space Park, dem Ocean Park, dem Containerterminal IV und der Großmarktverlagerung in die alten Hafentreviere hat die Große Koalition von SPD und CDU rund eine Milliarde Mark in den Sand gesetzt. Attraktive Entwicklungschancen für Bremen und Bremerhaven wurden vertan.

Naherholungsgebiete wie die Arberger Marsch, das Hollerland und die 700 Kleingärten für die Erweiterung des Technologieparks sollen einer unsinnigen Gewerbegebietspolitik geopfert werden, obwohl genügend andere Flächen vorhanden sind.

Für diese Politik findet die Große Koalition auch in den eigenen Reihen immer weniger Zustimmung.

Karoline Linnert, grüne Fraktionsvorsitzende: ›Bremen braucht einen Kurswechsel: Mehr Investitionen in Menschen als in Beton! Wir müssen um die Menschen werben. Hohe Standards in Kindergärten und Schulen sowie attraktive Freizeitangebote in Sport und Kultur bedeuten Lebensqualität. Sie sind wichtige Standortfaktoren, wenn es darum geht, Einwohner zu halten und zu gewinnen.‹ Die SPD hatte dies im letzten Jahr erkannt, aber die vollmundig angekündigte neue Qualität ihrer Politik in der zweiten Phase der Sanierung ist nicht bemerkbar. Gerade hat sie in schöner Eintracht mit der CDU den Ausbau des Weserstadions – wieder ein fragwürdiges Millionenprojekt – auf den Weg gebracht. In den Schulen hingegen suchen Lehrer und Eltern Sponsoren, damit sie die maroden Klassenräume renovieren können.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

›Ich würde ja gerne, aber‹

### **Wischer Sündenfälle: Umweltverschmutzung, Verschleierung**

Hervorstechende Beispiele sind die illegale Deponie in der Hemelinger Marsch und das Versäumnis, Naturschutzgebiete in Brüssel anzumelden. Diese und andere Fehlleistungen der Umweltsenatorin brachten die Grünen ans Tageslicht.

Die Große Koalition hält sich auf Kosten von Umwelt, Lebensqualität und Gesundheit nicht an Recht und Gesetz. SPD-Umweltsenatorin Christine Wischer möchte u.a. das Hollerland und Weddewarden gemäß der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie als Naturschutzgebiete in Brüssel anmelden. Die Frist ist längst überschritten und die Kürzung von EU-Geldern droht, doch der Gesamtsenat verweigert die Zustimmung.

›Ich würde ja gerne, aber der Koalitionspartner CDU ...‹ Diese

Standardentschuldigung der Senatorin lässt die Umweltpolitik zu einem traurigen Kapitel der Halbzeitbilanz der Regierung werden. Unterstützung findet die Senatorin allerdings auch in den eigenen Reihen nicht immer. Bürgermeister Henning Scherf fiel ihr mit seiner Verbalberung von Umweltschützern in seiner Rede vor Wirtschaftsbossen auf der Eiswette ebenfalls in den Rücken.

Das Sündenregister der Umweltsenatorin lässt sich problemlos fortschreiben:

- Die Deponie in der Hemelinger Marsch mit dem beschönigenden Namen ›Landschaftsbauwerk‹ ist erst durch mehrere grüne parlamentarische Vorstöße als illegal entlarvt worden.
- Den Absichten des Senats, 770 Kleingärten der Erweiterung des Technologieparks zu opfern, hat die Senatorin zugestimmt.
- Giftiges Sickerwasser wird auf der Blocklanddeponie neuerdings – um Geld zu sparen – ohne Vorbehandlung eingeleitet. Die Verschmutzung von Weser und Nordsee wird von der Senatorin in Kauf genommen.

›Skandalös für eine Umweltsenatorin‹, lautet die Bilanz von Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin der grünen Fraktion. ›Dies muss sofort rückgängig gemacht werden.‹

Für die Grünen haben Gesundheits- und Verbraucherschutz Vorrang, deshalb drängt die grüne Fraktion darauf, Fragen der Lebensqualität stärker in den Vordergrund zu rücken.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Zwei politische Wüsten: Kultur und Stadtentwicklung**

Koalitionsprobleme im Doppelpack: Die Kulturpolitik liegt danieder. Senator Bernt Schulte hat das Handtuch geschmissen. Die Bausenatorin Christine Wischer hat die Orientierung verloren. Der große Unbekannte: Ein Senatsbaudirektor soll es nun richten.

Nur durch öffentlichen Protest konnte bisher Bremens lebendige und attraktive Kulturlandschaft vor einem Kahlschlag bewahrt werden. Die angepeilte Sparquote von 30 Prozent steht angeblich nicht mehr zu Debatte.

›Doch der vorgelegte Kulturentwicklungsplan enthält weder Visionäres noch sichert er den Status quo der Kulturausgaben. Schließungen von Einrichtungen sind absehbar‹, so Helga Trüpel, kulturpolitische Sprecherin. Die grüne Idee, dass Bremen sich für das Jahr 2010 als europäische Kulturhauptstadt bewerben soll, ist allerorts auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Doch dies muss finanziell angemessen untermauert und auch städtebaulich als Chance begriffen werden. Die Große Koalition ist dazu offensichtlich nicht in der Lage.

Der Plan, auf dem Teerhof für eine Kulturstätte zu sorgen, kommt nicht voran. Bremens Überseehafen wird mit dem Großmarkt bestückt. Die Chance, Bremen als attraktive ›Stadt am Fluss‹ über die Schlachte hinaus zu entwickeln, wird damit vertan. Die Grünen wollen einen Wandel in der Baupolitik, zum Beispiel mehr Lebensqualität in den Stadtteilen, um die BremerInnen in Bremen zu halten. ›Dazu‹, so die grüne Baupolitikerin Karin Krusche, ›braucht Bremen keinen Senatsbaudirektor sondern eine fachkundige und durchsetzungsstarke Ressortspitze.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Kindergärten und Schulen: Die Kurzen kommen zu kurz**

Die Grünen fordern: keine weiteren Kürzungen, sondern rund 100 Millionen Mark jährlich zusätzlich für Schulen und Kindergärten; Qualität sichern und grundlegende Reformen anpacken.

Im Haushalt des Bildungsressorts klafft eine Lücke von fast 80 Millionen Mark. Also kürzt Bremen weiter. Andere Bundesländer wie Niedersachsen hingegen stocken den Bildungsetat gerade kräftig auf. Baden-Württemberg wirbt mit dem Standortfaktor Kindergärten in überregionalen Medien. Und Bremen? Bremen droht durch die SPD/CDU-Sanierungspolitik ins Abseits zu geraten. ›Wir müssen jede verfügbare Mark in die Zukunft unserer Kinder stecken. Investitionen in die Bildung sind auch für den Wirtschaftsstandort Bremen wichtig, der auf gut ausgebildeten Nachwuchs angewiesen ist‹, so Dieter Mützelburg, bildungspolitischer Sprecher. Auf den Lippen haben dies auch die Bildungspolitiker von SPD und CDU. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus: marode Schulen, überalterte Lehrerkollegien, Unterrichtsausfall und Konzeptionslosigkeit. SPD-Bildungssenator Willi Lemke, bei Amtsantritt noch reformeifrig, versucht mittlerweile es allen recht zu machen und die schlimmsten Brände schnell zu löschen: Hals über Kopf wurde die ›Verlässliche Grundschule‹ eingeführt – und schon mehren sich die Proteste wegen Personalmangel.

Das Projekt ›Schulen ans Netz‹ hat zwar dazu geführt, dass in vielen Schule jetzt Computer stehen, aber das Geld für Fachkräfte und Wartung fehlt. Die zu Recht in die Kritik geratene Orientierungsstufe wird ihrem schleichenden Tod überlassen, anstatt sie in die Sekundarstufe I zu integrieren.

›So kann das nicht weitergehen‹, betont Dieter Mützelburg. Die Grünen wollen jährlich rund 100 Millionen Mark zusätzlich in Schulen und Kindergärten stecken. ›Wir brauchen möglichst schnell mehr Lehrer, vor allem in den Grundschulen‹, sagt der Bildungspolitiker. Außerdem müssen die Unterrichtsqualität verbessert und Betreuungs- sowie Ganztagsangebote ausgebaut werden. Möglichst viele Schüler sollen die Chance bekommen, mit 18 das Abitur zu machen.

Die Grünen verlangen nicht nur eine neue Schul-, sondern auch eine neue Kindergartenpolitik. Da die schulische Ausbildung an Bedeutung gewinnt, müssen in der frühkindlichen Förderung Grundlagen dafür geschaffen werden. Für die Grünen bedeutet das, dass Quantität und Qualität der Betreuung in den bremischen Kindergärten verbessert werden müssen.

Seit ihrem erneuten Amtsantritt 1999 kürzt die Große Koalition jedoch bei den Kurzen. Bis zum Jahr 2005 sollen trotz steigender Kinderzahlen insgesamt ca. 24 Millionen Mark eingespart werden. ›Wir wollen endlich ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot – also mehr Ganztagsplätze – und den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz von bisher vier auf sechs Stunden ausweiten‹, sagt Anja Stahmann, jugendpolitische Sprecherin.

Halbzeitnote für Jugend- und Bildungspolitik der Großen Koalition: mangelhaft – Versetzung gefährdet!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## Nur Fischstäbchen und Container

Die einseitige Wirtschaftsstruktur Bremerhavens mit Schifffahrt, Hafen- und Fischwirtschaft ist durch die Politik der Großen Koalition eher zementiert worden. Aus Sicht der Grünen müsste die Seestadt auf ein breiteres Fundament gestellt werden.

Die Zukunft Bremerhavens wurde von SPD-Bürgermeister Henning Scherf in der Regierungserklärung von 1999 zur Chefsache erklärt.

Die hohe Arbeitslosenquote konnte jedoch nur unwesentlich gesenkt werden, und noch immer verliert die Stadt jährlich 2.000 Einwohner. Der Hafen – vor allem der Containerumschlag – boomt, bringt aber kaum neue Arbeitsplätze. Der von der Großen Koalition beschlossene weitere Ausbau des Containerterminals zementiert nur die einseitige Wirtschaftsstruktur der Stadt. Die Pleite mit der Ocean Park-Planung hat Bremerhavens touristische Entwicklung um Jahre zurückgeworfen. Manfred Schramm, hafenpolitischer Sprecher der grünen Fraktion, bilanziert: ›Die Wirtschaftsförderung unter der Großen Koalition hat es nicht geschafft, den für Bremerhaven überlebensnotwendigen Strukturwandel einzuläuten. In den Sparten Dienstleistung, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Förderung von Forschung und Entwicklung hat sie nur wenig bewegt.‹

Die Grünen drängen darauf, die Ansätze für einen Tourismus im kleinem Maßstab mit dem Klimahaus, Wohnen am Wasser und Sportboothafen zügig zu entwickeln ›Fisch und gesunde Ernährung, für diese Verbindung muss Bremerhaven zukünftig stehen. Es gilt, die vorhandenen Kräfte aus Forschung und Wirtschaft zu bündeln, damit Bremerhaven auch im Bereich der ‚blauen Biotechnologie‘ eine Spitzenposition entwickelt. Die fischverarbeitende Industrie kann durch neue, biologische Lebensmittel aus dem Meer gestärkt und ausgebaut werden‹, so Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## Halbzeitbilanz: Die Sanierungsverlierer

Soziale Fragen geraten unter die Räder der Sanierungspolitik der Großen Koalition. Das Sozialressort soll am meisten sparen. Sogar an gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen wie der Sozialhilfe wird gedreht. Angefangen hat es mit Kürzungen bei der Bekleidungspauschale. Weiter ging es mit den Hilfen zur schulischen Integration von behinderten Kindern. Dies trifft allein erziehende Frauen am stärksten.

›Nun soll auch noch die Fahrdienstpauschale für Behinderte von 150 auf 100 Mark gesenkt und das Landespflegegeld, was unter anderen Blinden zugute kommt, gestrichen werden‹, erbot sich Karoline Linnert, grüne Sozialpolitikerin. Unter dem Motto ›Fördern und Fordern‹ soll Sozialhilfeempfängern eine berufliche Chance eröffnet werden. Die Umsetzung rannte daran, dass der Bestandteil ›Fördern‹ dabei total zu kurz komme, so Karoline Linnert. Um überhaupt arbeitsfähig zu werden, brauche ein Teil der Sozialhilfeempfänger Beratung und begleitende Unterstützung. Doch stattdessen kürzte die Sozialsenatorin die Gelder für die Sucht- und Schuldnerberatung wie auch für die Wohnungshilfe.

Die Grünen wollen in eine andere Richtung. Karoline Linnert: ›Da gerade die Schwachen oft nicht in der Lage sind, sich zu wehren, wollen wir Grüne, dass Rechtsansprüche klar eingehalten und die Betroffenen in ihrer Kompetenz gestärkt werden, um selbstbestimmt handeln zu können.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **grüne Ecke:**

### **Wetten, dass ...**

keine andere Fraktion so viel parlamentarisches Engagement gezeigt hat wie die Grünen in den ersten zwei Jahren dieser Legislaturperiode? In Stadt- und Landesparlament kommen sie immerhin auf 153 Anträge, 153 Fragen in der Fragestunde, 39 Große Anfragen, 70 Kleine Anfragen und – last but not least– 16 Aktuelle Stunden.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



## **grün:Aktion**

### **Klasse**

BSE, Maul- und Klauenseuche, Eier aus Legehennenbatterien: Die Verbraucher sind verunsichert. Unter dem Motto ›Klasse statt Masse – Verbraucherschutz stärken‹ informierten grüne Abgeordnete vor Ostern auf den Wochenmärkten in Bremen und Bremerhaven.

### **Kleidung**

Im November letzten Jahres hatte Bürgermeister Henning Scherf in einem Zeitungsinterview unmissverständlich klar gemacht, wer in Bremen die Hosen anhat: der Senat. Daran hat sich auch im Juni 2001 nichts geändert.

Damit die Fraktionschefs von SPD und CDU nun nicht in Bekleidungsnot kommen, überreichten damals die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Helga Trüpel und Matthias Güldner, eine Alternative zum üblichen Beinkleid: Schottenröcke.

### **Übereilt**

Grüne pflasterten im Mai 2000 den Bahnhofsvorplatz mit Schoko-Golddukaten. Die Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert: ›Bereits ein Jahr nach der übereilten und 150.000 DM teuren Einweihung des Bahnhofsvorplatzes musste das kostspielige, aber schon kaputte Pflaster gegen schnöden Asphalt ausgetauscht werden. 4 Millionen wurden so in den Sand gesetzt.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Neues aus der Bürgerschaft**

### **Neuer Vertrag für das Musical**

Im Februar 2001 forderten die Grünen Konsequenzen aus der Musical-Pleite. Die Große Koalition hatte im August 2000 eine Finanzspritze von 12 Millionen Mark gewährt – ohne Erfolg. Helga Trüpel, grüne Wirtschaftspolitikerin, stellte den Antrag, dass der Senat für das folgende Musical ›Hair‹ einen neuen Vertrag ohne weitere Zuschüsse abschließt. Die Große Koalition entschied: Bremen wird weiterhin erhebliche Risiken übernehmen.

mehr Infos: [Helga Trüpel](#)

### **Schutz vor häuslicher Gewalt**

Ein Bericht des Senats zum Thema ›Häusliche Beziehungsgewalt‹ war den Grünen zu wenig. Doris Hoch, frauenpolitische Sprecherin, forderte im Juni 2000 vom Senat ein Präventionskonzept gegen häusliche Gewalt. Die Zielsetzung: konkrete Schritte für Fortbildungen, einen ›Runden Tisch‹ im Stadtteil und ein Rückkehrverbot in die Wohnung für Täter. SPD und CDU lehnten dies ab.

mehr Infos: [Doris Hoch](#)

### **Gemeinsam die Zukunft gestalten**

Nach 18 Jahren Stillschweigen legte der Senat im Sommer 2000 ein 13 Seiten dünnes Konzept zur Integration von Ausländern vor. Es beschränkte sich auf plakative Allgemeinplätze. Das war den Grünen nicht genug. Matthias Güldner, migrationspolitischer Sprecher, stellte ein konkretes 10-Punkte-Programm dagegen. Mit 15 Millionen Mark für drei Jahre sollte die Umsetzung finanziell gesichert werden. Die Koalition lehnte ab.

mehr Infos: [Matthias Güldner](#)

### **Ausbau und Profil vorantreiben**

Der Wissenschaftsrat hat mehrfach gefordert, die Fachhochschulen, die praxisorientierte Berufsausbildung anbieten, auszubauen und das Fächerangebot zu erweitern. Diese Forderung teilen die Grünen. Hermann Kuhn, wissenschaftspolitischer Sprecher, forderte im September 2000 vom Senat einen Bericht über die Entwicklungschancen der Bremer Hochschulen. Dieser liegt vor, eine Richtungsänderung ist aber nicht erkennbar.

mehr Infos: [Hermann Kuhn](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Gastkommentar**

Unser Bildungssystem ist krank. Das ist nichts Neues. Auch dass bis jetzt jeder Bildungssenator an Heilversuchen gescheitert ist. Dabei ist die Diagnose eindeutig: Schwäche durch Lehrermangel. Doch: Therapie ist zu teuer. Also werden alternative Heilmethoden versucht. Es sollte SPD-Bildungssenator Lemke jedoch klar sein, dass Strukturveränderungen, wie das Abitur nach 12 Jahren, die Profilierung einzelner Schulen, die Wiedereinführung durchgängiger Gymnasien und das Profilabitur keine wirksame Heilkraft besitzen. Sie nutzen nicht der Verbesserung der Lernqualität, wie er gerne behauptet. Sie dienen höchstens der Verstärkung des Leistungsprinzips: Man nimmt keine Rücksicht mehr auf die, die zu langsam sind, man sortiert sie aus. Dann braucht ein Lehrer auch nicht mehr auf jeden Einzelnen einzugehen, was er sowieso nicht mehr kann. Dazu hat er zu viele Schüler und zu viele Stunden. So kann es nicht weitergehen, wenn der Patient nicht sterben soll.

Martin Fries, Vorsitzender des Bildungsausschusses von ›Jugend im Parlament‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Personalien**

### **Karoline Linnert**

Guten Tag! Ich bin Karoline Linnert, 42 Jahre alt, gelernte Diplompsychologin und wurde gerade einstimmig für ein weiteres Jahr als Fraktionsvorsitzende gewählt. Fachpolitisch engagiere ich mich in der Sozial- und Finanzpolitik. Ich habe zwei kleine Kinder. Kraft tanke ich in unserem Kleingarten, wo ich auch gerne mit meinem Lebenspartner ein Glas selbstgemachten Obstwein genieße.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Termine**

### **Halbzeitbilanz**

#### **Wer wird hier eigentlich saniert?**

Talkshow mit: Marieluise Beck (Ausländerbeauftragte der Bundesregierung), Ulrike Hauffe (Landesfrauenbeauftragte), Hans Jürgen Kröger (Arbeitnehmerkammer), Karoline Linnert (grüne Fraktionsvorsitzende), Peter Müller (BUND), Louis Ferdinand von Zobeltitz (Bremische Evangelische Kirche) – Moderation: Andreas Hoetzel (buten&binnen)

Zwischentöne: Streichquartett des Philharmonischen Staatsorchesters

15. Juni 2001

20 Uhr im Theater der bremer shakespeare company

Leibnizplatz, Bremen

### **Verbraucherschutz**

#### **Informationsstand der grünen Bürgerschaftsfraktion auf der ›hafa‹**

15. bis 23. September 2001

9.30-18 Uhr täglich

Donnerstag bis 20 Uhr

Messe-Centrum/Stadthalle

Bürgerweide, Bremen

#### **Wie macht man eigentlich Prävention?**

Referenten:

Birgitta Schmid, Dieter Mutz (Kriminalpolizei München)

Mitdiskutanten: Vertreter der Polizei Bremen und von Projekten der Jugend- und Stadtteilarbeit

Einführung und Leitung:

Dr. Matthias Güldner, MdBB

18. September 2001

Ort wird noch bekannt gegeben

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Impressum**

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

**Telefon:** 0421/30 11-0

**Telefax:** 0421/30 11-250

**e-mail:** fraktion@gruene-bremen.de

**internet:** www.gruene-bremen.de

**V.i.S.d.P.:**

Maria Spieker

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

**Gestaltung:** Designbüro Möhlenkamp

**Relaunch + Satz:** Thomas Kollande-Emigholz

**Fotos:** M. Bollhorst, C. Heidmann, Landesverband der Gartenfreunde, M. Spieker, J. Stoss

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)